Stand: 04.07.2025 04:14:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22978

"Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien COM(2022) 156 final BR-Drs. 176/22"

Vorgangsverlauf:

1. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23018 des BU vom 17.05.2022
2. Initiativdrucksache 18/22978 vom 24.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23033 vom 31.05.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 31.05.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.05.2022 **Drucksache** 18/**23018**

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Martin Schöffel, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**22978**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien
COM(2022) 156 final
BR-Drs. 176/22

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Tobias Gotthardt**
Mitberichterstatter: **Florian Siekmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 behandelt und einvernehmlich im Rahmen eines Umlaufverfahrens mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.05.2022 **Drucksache** 18/**22978**

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Martin Schöffel, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alfons Brandl, Alex Dorow, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Petra Högl, Dr. Franz Rieger, Thorsten Schwab, Klaus Steiner CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien
COM(2022) 156 final
BR-Drs. 176/22

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien; COM(2022) 156 final; BR-Drs. 176/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Landtag unterstützt die mit dem Vorschlag verfolgten Ziele, einen besseren Schutz vor schädlichen Auswirkungen des Betriebs von Agrar- und Industrieanlagen zu erreichen, vor allem durch technologischen Wandel. Allerdings verletzt der Vorschlag das Subsidiaritätsprinzip.

Nach Art. 4 Abs. 2 lit. e) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) liegt im Hauptbereich „Umwelt“ eine geteilte Zuständigkeit vor, sodass es der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bedarf. Die Auswirkungen von Umweltverschmutzung bleiben meist nicht regional beschränkt – eine grenzüberschreitende Wirkung ist möglich. Zudem stellen Umweltschutzanforderungen einen nicht unerheblichen Kostenfaktor der Industrieproduktion dar. Würden Industrieanlagen innerhalb Europas nur na-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

tionalen und damit unterschiedlichen Anforderungsniveaus unterliegen, so wären nachteilige Wettbewerbsverzerrungen zu befürchten. Aus diesen Gründen scheint eine europaweite Regelung im Grundsatz wünschenswert. Demgegenüber ist aber die vorgesehene Regelung des Art. 79a Abs. 4 der Industrieemissionsrichtlinie, in der ein Schadensersatzanspruch gegenüber Behörden mit einer Beweislastumkehr zugunsten des Anspruchstellers festgeschrieben werden soll, im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip abzulehnen. Der Europäischen Union kommt nicht die Kompetenz zu, solches zu regeln. Vorschriften zur Beweislastumkehr zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen zählen zum Prozessrecht, das wiederum zur Rechtspflege eines Mitgliedstaats gehört. Eine europäische Rechtsetzungskompetenz ist hier nicht gegeben.

Außerdem verstößt der vorliegende Vorschlag gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit:

– Die vorgeschlagene Neufassung der Industrieemissionsrichtlinie sieht erstmals verbindliche Vorgaben für die effiziente Ressourcennutzung bei industriellen Tätigkeiten vor. Dies stellt einen deutlichen Eingriff in die operative Unternehmensführung dar. Hinzu kommt, dass mit der Pflicht zur Erstellung eines Transformationsplans und dessen Veröffentlichung zusammen mit dem nun ebenfalls verpflichtenden Umweltmanagementsystem im Internet die Gefahr der Offenlegung strategischer Unternehmensplanungen einhergeht. Diese Eingriffe sind unverhältnismäßig.

– Durch die deutliche Absenkung der Schwellenwerte in der Tierhaltung (150 Großvieheinheiten – GVE) und die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die Rinderhaltung wird eine Vielzahl der kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Betriebe deutlich steigenden Verwaltungs- und Überwachungsnotwendigkeiten unterworfen. Insgesamt ist ein deutliches Mehr an Bürokratie zu erwarten, das in keinem Verhältnis zum erwartbaren Nutzen steht.

– Die Orientierung von Emissionsgrenzwerten am unteren Ende der BAT-AEL würde zu einem sprunghaften Nachrüstungs- und Modernisierungsbedarf führen, der die Betriebe überfordern würde und damit ebenfalls unverhältnismäßig ist.

– Zuletzt könnte die Einführung eines eigens normierten Schadensersatzanspruchs, wie in Art. 79a Industrieemissionsrichtlinie vorgesehen, zu einer deutlich steigenden Klagelast führen, verstärkt noch durch die geplante Beweislastumkehr und die Zulassung von Popularklagen. In Konsequenz könnte dies zu einem weiter steigenden Prüfungsaufwand führen und Genehmigungsverfahren weiter in die Länge ziehen.

Schließlich ist die in der Neufassung von Art. 74 Abs. 2 Industrieemissionsrichtlinie vorgesehene Ermächtigung der Kommission, im Wege delegierter Rechtsakte die Anhänge I und Ia zu ändern, entschieden abzulehnen. Damit verbunden wäre die Befugnis der Kommission, den Anwendungsbereich dieser Richtlinie auf weitere Agrar- und Industrietätigkeiten zu erweitern bzw. zu verschärfen, z. B. durch Aufnahme weiterer Tierhaltungen (wie Pferde, Schafe) oder Reduzierung der Schwellenwerte für Tierhaltungen, Brauereien usw. Für eine solche Ermächtigung ist weder eine Notwendigkeit ersichtlich noch eine kompetenzrechtliche Grundlage gegeben. Vielmehr würde sie erhebliche Rechtsunsicherheit und ggf. erheblichen nachträglichen Anpassungsbedarf der nationalen Rechtslage und der Vollzugspraxis bedeuten. Wesentliche Aspekte sind im Gesetz selbst zu regeln und nicht per delegiertem Rechtsakt durch die Kommission (s. Art. 290 AEUV).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Vorschlag das Subsidiaritätsprinzip in mehrfacher Hinsicht verletzt und vor allem ein außer Verhältnis stehendes Mehr an Bürokratie für Mitgliedstaaten und Bürger bringen würde. Daher lehnt der Landtag den Vorschlag ab. In der heutigen Zeit muss es vielmehr darum gehen, Anreize zur Emissionsvermeidung und zur Nutzung moderner Technologien zu setzen und Bürokratie abzubauen.

Der Beschluss des Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 31.05.2022 **Drucksache** 18/**23033**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Martin Schöffel, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alfons Brandl, Alex Dorow, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Petra Högl, Dr. Franz Rieger, Thorsten Schwab, Klaus Steiner CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien
COM(2022) 156 final
BR-Drs. 176/22

Drs. 18/**22978**, 18/**23018**

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien, COM(2022) 156 final, BR-Drs. 176/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Landtag unterstützt die mit dem Vorschlag verfolgten Ziele, einen besseren Schutz vor schädlichen Auswirkungen des Betriebs von Agrar- und Industrieanlagen zu erreichen, vor allem durch technologischen Wandel. Allerdings verletzt der Vorschlag das Subsidiaritätsprinzip.

Nach Art. 4 Abs. 2 lit. e) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) liegt im Hauptbereich „Umwelt“ eine geteilte Zuständigkeit vor, sodass es der

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bedarf. Die Auswirkungen von Umweltverschmutzung bleiben meist nicht regional beschränkt – eine grenzüberschreitende Wirkung ist möglich. Zudem stellen Umweltschutzanforderungen einen nicht unerheblichen Kostenfaktor der Industrieproduktion dar. Würden Industrieanlagen innerhalb Europas nur nationalen und damit unterschiedlichen Anforderungsniveaus unterliegen, so wären nachteilige Wettbewerbsverzerrungen zu befürchten. Aus diesen Gründen scheint eine europaweite Regelung im Grundsatz wünschenswert. Demgegenüber ist aber die vorgesehene Regelung des Art. 79a Abs. 4 der Industrieemissionsrichtlinie, in der ein Schadensersatzanspruch gegenüber Behörden mit einer Beweislastumkehr zugunsten des Anspruchstellers festgeschrieben werden soll, im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip abzulehnen. Der Europäischen Union kommt nicht die Kompetenz zu, solches zu regeln. Vorschriften zur Beweislastumkehr zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen zählen zum Prozessrecht, das wiederum zur Rechtspflege eines Mitgliedstaats gehört. Eine europäische Rechtsetzungskompetenz ist hier nicht gegeben.

Außerdem verstößt der vorliegende Vorschlag gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit:

– Die vorgeschlagene Neufassung der Industrieemissionsrichtlinie sieht erstmals verbindliche Vorgaben für die effiziente Ressourcennutzung bei industriellen Tätigkeiten vor. Dies stellt einen deutlichen Eingriff in die operative Unternehmensführung dar. Hinzu kommt, dass mit der Pflicht zur Erstellung eines Transformationsplans und dessen Veröffentlichung zusammen mit dem nun ebenfalls verpflichtenden Umweltmanagementsystem im Internet die Gefahr der Offenlegung strategischer Unternehmensplanungen einhergeht. Diese Eingriffe sind unverhältnismäßig.

– Durch die deutliche Absenkung der Schwellenwerte in der Tierhaltung (150 Großvieheinheiten – GVE) und die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die Rinderhaltung wird eine Vielzahl der kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Betriebe deutlich steigenden Verwaltungs- und Überwachungsnotwendigkeiten unterworfen. Insgesamt ist ein deutliches Mehr an Bürokratie zu erwarten, das in keinem Verhältnis zum erwartbaren Nutzen steht.

– Die Orientierung von Emissionsgrenzwerten am unteren Ende der BAT-AEL würde zu einem sprunghaften Nachrüstungs- und Modernisierungsbedarf führen, der die Betriebe überfordern würde und damit ebenfalls unverhältnismäßig ist.

– Zuletzt könnte die Einführung eines eigens normierten Schadensersatzanspruchs, wie in Art. 79a Industrieemissionsrichtlinie vorgesehen, zu einer deutlich steigenden Klagelast führen, verstärkt noch durch die geplante Beweislastumkehr und die Zulassung von Popularklagen. In Konsequenz könnte dies zu einem weiter steigenden Prüfungsaufwand führen und Genehmigungsverfahren weiter in die Länge ziehen.

Schließlich ist die in der Neufassung von Art. 74 Abs. 2 Industrieemissionsrichtlinie vorgesehene Ermächtigung der Kommission, im Wege delegierter Rechtsakte die Anhänge I und Ia zu ändern, entschieden abzulehnen. Damit verbunden wäre die Befugnis der Kommission, den Anwendungsbereich dieser Richtlinie auf weitere Agrar- und Industrietätigkeiten zu erweitern bzw. zu verschärfen, z. B. durch Aufnahme weiterer Tierhaltungen (wie Pferde, Schafe) oder Reduzierung der Schwellenwerte für Tierhaltungen, Brauereien usw. Für eine solche Ermächtigung ist weder eine Notwendigkeit ersichtlich noch eine kompetenzrechtliche Grundlage gegeben. Vielmehr würde sie erhebliche Rechtsunsicherheit und ggf. erheblichen nachträglichen Anpassungsbedarf der nationalen Rechtslage und der Vollzugspraxis bedeuten. Wesentliche Aspekte sind im Gesetz selbst zu regeln und nicht per delegiertem Rechtsakt durch die Kommission (s. Art. 290 AEUV).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Vorschlag das Subsidiaritätsprinzip in mehrfacher Hinsicht verletzt und vor allem ein außer Verhältnis stehendes Mehr an Bürokratie für Mitgliedstaaten und Bürger bringen würde. Daher lehnt der Landtag den Vorschlag ab. In der heutigen Zeit muss es vielmehr darum gehen, Anreize zur Emissionsvermeidung und zur Nutzung moderner Technologien zu setzen und Bürokratie abzubauen.

Der Beschluss des Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, der Abgeordnete Sauter (fraktionslos), FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Abgeordneter Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Martin Schöffel, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien
COM(2022) 156 final
BR-Drs. 176/22
Drs. 18/22978, 18/23018

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haus der Bayerischen Geschichte: Auf Eintritte verzichten – neue Besuchsgruppen erschließen
Drs. 18/5748, 18/22915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Kein XXL-Landtag in Bayern – Stimmkreisreform initiieren
Drs. 18/18986, 18/22953 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bemessungsgrundlage der Stimmkreisgrößen unverändert lassen
Drs. 18/18987, 18/22954 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

5. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz des ungeborenen Lebens stärken I – Abtreibung kann kein Menschenrecht sein
Drs. 18/20084, 18/22749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz des ungeborenen Lebens II – Keine Abschaffung des § 219a StGB
Drs. 18/20085, 18/22750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

7. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz des ungeborenen Lebens III – Streichung aller staatlichen Fördergelder für Organisationen, die Abtreibungen befürworten
Drs. 18/20086, 18/22079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

8. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Faire Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern – Auf- und Ausbau von speziellen Beratungsstellen für mobile Beschäftigte
Drs. 18/21175, 18/22945 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerisches Wasserrettungszentrum
Drs. 18/21191, 18/22887 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundes-Sonderförderprogramm Sirenen verlängern!
Drs. 18/21193, 18/22888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbildungsverhältnisse von jungen Menschen mit Migrationsbiografie
Drs. 18/21373, 18/22707 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Modellprojekt zur Umsetzung eines 365-Euro-Tickets für Alle im Großraum Nürnberg
Drs. 18/21383, 18/22899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Bericht zum Drogenkonsum in Bayern
Drs. 18/21500, 18/22889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Was hat die Staatsregierung im „Bayerischen Jahr der Jugend 2022“ alles vor?
Drs. 18/21510, 18/22946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen I: Kein Klimageld!
Drs. 18/21518, 18/22900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD
Vorbereitungen für Geflüchtete aus der Ukraine treffen – Schnelles Handeln!
Drs. 18/21520, 18/22751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Überregulierung der Vorschriften für neue Heizungsanlagen durch den Bund
Drs. 18/21554, 18/22901 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Diskriminierungen im Alltag
Drs. 18/21593, 18/22947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Villa von Hans Albers der Öffentlichkeit zugänglich machen und museales Nutzungskonzept erarbeiten
Drs. 18/21609, 18/22984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen II: Keine Klimaschutzverträge!
Drs. 18/21624, 18/22902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken
Drs. 18/21647, 18/22948 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
In der Pandemie und darüber hinaus – Mütter unterstützen und entlasten
Drs. 18/21693, 18/22949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Zeitnahe bundesweite Biomassestrategie inklusive Umsetzungskonzept einfordern
Drs. 18/21694, 18/22950 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Josef Zellmeier, Klaus Stöttner, Alexander König u.a. CSU
Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft senken und auch auf Getränke ausweiten
Drs. 18/21697, 18/22983 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

25. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg und Flucht in Europa – Kapazitäten für ukrainische Flüchtlinge schaffen!
Drs. 18/21746, 18/22958 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen des Freistaates untersagen
Drs. 18/21749, 18/22959 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

27. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Kommunale Förderprogramme auf den Prüfstand stellen
Drs. 18/21763, 18/22890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landtagsabgeordnete unterstützen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger: Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ auch nach Bayern bringen!
Drs. 18/21799, 18/22960 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf I – Förderkulisse auf ganz Bayern ausdehnen
Drs. 18/21814, 18/22711 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf II – Unterhalt von Herdenschutzzäunen und Herdenschutzhunden fördern
Drs. 18/21815, 18/22712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf III – Hirtinnen und Hirten schützen die Herden
Drs. 18/21816, 18/22713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf IV – Herdenschutzberatung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bündeln
Drs. 18/21817, 18/22714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten 1933-1989
Drs. 18/21823, 18/22916 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Sofortmaßnahmen zum Umgang mit Wölfen auf Landesebene umsetzen!
Drs. 18/21826, 18/22715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein zweites Aleppo: Kulturgutschutz für die überfallene Ukraine und UNESCO-Aufruf unterstützen
Drs. 18/21827, 18/22917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Akademisches Sozialleben an den Hochschulen wieder neu beleben – Gesprächsrunde mit Studenten und Vertretern des Staatsministeriums ermöglichen!
Drs. 18/21891, 18/22918 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sustainable Finance – Nachhaltigkeit darf den Wohlstand, den sozialen Frieden und die nationale Sicherheit nicht gefährden
Drs. 18/21954, 18/22985 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	ENTH

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen – verminderten Umsatzsteuersatz einführen
Drs. 18/21955, 18/22986 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Ankündigungen für mehr Windkraft unverzüglich umsetzen!
Drs. 18/21956, 18/22903 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Konsequente Umsetzung der Rahmenbedingungen für die Errichtung von Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien durch den Bund einfordern
Drs. 18/21957, 18/22904 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	Z	Z

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Uli Henkel, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Nie wieder Kontrollverlust – lückenlose Identifizierung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherstellen und illegale Trittbrett-Einwanderung sofort konsequent unterbinden
Drs. 18/21958, 18/22961 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verpflegung in Kita, Schule & Co – wie viel davon ist bio, regional, saisonal?
Drs. 18/22046, 18/22939 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freie und sichere Wege für Fuß- und Radverkehr – kommunale Verkehrsüberwachung stärken
Drs. 18/22047, 18/22891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

44. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Globaler Plastikmüllproblematik begegnen!
Innovative Forschungsansätze bewerten!
Drs. 18/22072, 18/22967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. SPD
Umsetzung des EuGH-Urteils zur Abschiebehaft – Bayerisches Landesgesetz zur Regelung der Abschiebehaft auf den Weg bringen!
Drs. 18/22093, 18/22963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine nach der Ankunft in Bayern
Drs. 18/22097, 18/22964 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

47. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Einstufung der Gams in Bayern
Drs. 18/22098, 18/22940 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbot der Anwendung von Kaspersky Software für bayerische Behörden
Drs. 18/22099, 18/22892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

49. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Zukunft gestalten – Der bayerischen Milchproduktion eine Stimme geben
Drs. 18/22103, 18/22941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Psychosoziale Betreuung für Geflüchtete deutlich, unmittelbar und flächendeckend ausbauen
Drs. 18/22208, 18/22966 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturstaat Bayern 2030 –
Kulturpolitisches Landesentwicklungskonzept für den Freistaat
Drs. 18/22218, 18/22919 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für Umwelt und Klima –
auch kommunalen landwirtschaftlichen Betrieben die Teilnahme am Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm ermöglichen
Drs. 18/22219, 18/22942 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen I: THC-Gehalt bei Nutzhanf anpassen
Drs. 18/22223, 18/22943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Tiertransporte auf hoher See verbieten
Drs. 18/22227, 18/22970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Bekanntmachung von Gesetzen künftig digital
Drs. 18/22232, 18/22965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

56. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Umweltwirkungen von Freiflächenphotovoltaik untersuchen
Drs. 18/22276, 18/22975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

57. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Josef Zellmeier, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung beibehalten
Drs. 18/22374, 18/22944 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	ENTH	A